

# BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

## Kandidatur der DKP bei den EU-Wahlen 2014

**JA zum Europa der Solidarität und des Widerstands gegen die EU!**  
**NEIN zum Europa der Banken und Konzerne!**

**Im Mai 2014 sind die Menschen in der EU zur Wahl aufgerufen. Bei der Gründung der EU haben die Herrschenden in Europa und in Deutschland Wohlstand und Frieden für alle versprochen. Spätestens mit der Ausweitung der Krise auf eine Reihe von EUStaaten ist diese Propaganda in sich zusammengebrochen wie ein Kartenhaus:**

- Seit 2008 ist die Erwerbslosenzahl in der EU um 10 Millionen angestiegen, die Zahl der prekär Beschäftigten nimmt weiter zu. Allein in Griechenland ist über die Hälfte (!) der Jugendlichen ohne Job. Die Armut wächst selbst in den Hauptländern des Kapitals. Dies ist u.a. das Ergebnis des 2011 eingeführten Fiskalpaktes, der die ökonomisch schwächeren EUMitglieder unter das Diktat der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank zwingt und entmündigt.

- Wo Arbeiter, Angestellte und Erwerbslose und andere Werktätige gegen die sozialen Angriffe der EU-Troika und der eigenen Regierungen Widerstand leisten, setzen die Herrschenden demokratische Rechte außer Kraft und antworten mit Polizeigewalt.

- Führende imperialistische EU-Länder wie Frankreich und Großbritannien setzen auf einen Eskalationskurs in Syrien, um ihre geostrategischen Interessen in der rohstoffreichen Region durchzusetzen. Das imperialistische Deutschland folgt dieser Kriegspolitik durch die Stationierung von Patriot-Raketen in der Türkei.

- In verschiedenen EU-Ländern ge-

winnen neofaschistische und reaktionäre Parteien und Organisationen massiv mit ihrer menschenverachtenden Politik an Einfluss - nicht zuletzt in den Reihen der Polizeikräfte wie in Griechenland. Mit ihrer nationalen und sozialen Demagogie lenken sie gezielt von der Verantwortung ab, die die Herrschenden in der EU und den jeweiligen Ländern für Armut und Verelendung haben.

- Die EU-Agentur Frontex trägt die unmittelbare Verantwortung dafür, dass das Mittelmeer für Flüchtlinge zu einem Friedhof geworden ist. Gleichzeitig sind es die EULänder und ihre Konzerne, die den afrikanischen Kontinent ausbeuten, Stellvertreterkriege anzetteln oder selbst zur Kriegspartei werden.

Hierzulande werden die politischen



Eliten nicht müde, das „Wirtschaftswunder Deutschland“ zu beschwören. Die Realität sieht aber auch hier anders aus:

- Fast ein Drittel aller ALG-II-Bezieher sind erwerbstätig - können also von ihrer Arbeit nicht leben.
- Über eine Million Beschäftigte sind Leiharbeiter, die zum Großteil weit unter Durchschnitt verdienen.
- Das Lohnniveau ist in den letzten 15 Jahren real gesunken.
- Mit der im Grundgesetz verankerten „Schuldenbremse“ und dem Fiskalpak werden Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge zusammengestrichen.

Das ist Klassenkampf von oben gegen die Lohnabhängigen in Europa. Die DKP benennt die Hauptprofiteure der Angriffe auf die sozialen und demokratischen Rechte der Lohnabhängigen hier und in der EU: die großen Banken und Konzerne - vor allem die deutschen sind Hauptnutznießer dieser Politik.

**Die DKP bezieht Position: GEGEN ein Europa der Banken und Konzerne - für ein Europa der Solidarität und des Widerstandes.**

**Jede Stimme für die DKP bei den EUWahlen ist eine Stimme im Interesse der arbeitenden und erwerbslosen Menschen in Europa gegen Krieg, Nationalismus, Sozial- und Demokratieabbau.**

**Diese Stimme wird mehr denn je gebraucht.**

## Deutschland: Eine Million Millionäre - 13 Millionen Arme

12.11.2013: Deutschland erlebt zur Zeit einen Höhepunkt der Bereicherung auf der einen und der Verarmung auf der anderen Seite. Die Wirtschaft wächst nur noch für die Reichen; der Mittelstand erodiert und der untere Teil der Bevölkerung gerät immer mehr unter die Räder. Das reichste Land der EU hat zugleich die meisten Armen. 2012 gab es in Deutschland erstmals mehr als eine Million Dollar-Millionäre: ihre Zahl war von 826.000 vor der Krise (2007) auf 1.015.000 im Jahr 2012 gestiegen: + 22,9% (Capgemini, World Wealth Report). Auf der Schattenseite war im Jahr 2011 jeder sechste Deutsche arm, wie aus der jüngsten Erhebung des Statistischen Bundesamtes „LEBEN IN EUROPA“ (EU-SILC) hervorgeht (destatis, 25.10.13). Insgesamt sind es 13 Millionen Menschen, 16,1% der Bevölkerung, 0,3% Prozentpunkte mehr als im Vorjahr, die mit 980 Euro und weniger im Monat auskommen müssen.

Letzteres ist in Deutschland der Schwellenwert für Armut. Sozial- und andere Transferleistungen sind dabei schon eingerechnet. Und das trotz der vielgepriesenen Rekordbeschäftigung, Rekord-Steuereinnahmen, Rekord-Geldvermögen ... Selbst Personen von Haushalten mit überwiegend Erwerbstätigen hatten ein Armutsrisiko von 7,8%: Arm trotz Arbeit! Verwiesen sei in diesem Zusammenhang auf den hohen Niedriglohnsektor, in dem 2011 8,09 Millionen Beschäftigte (23,9% aller Beschäftigten) arbeiten mussten. Am stärksten armutsgefährdet sind Menschen, die in Haushalten von

überwiegend Arbeitslosen leben; hier beträgt die Armutsrate 69,3%. Auch Haushalte von Alleinerziehenden haben eine weit überdurchschnittliche Armutsgefährdung von 38,8% sowie allein lebende Personen: 32,4%.



Nach derselben Methode wurden vom Statistikamt Eurostat auch in anderen EU-Ländern Armutsgefährdungsquoten erhoben. Sie sind aber noch nicht überall ausgewertet. In Griechenland stieg die Armutsquote 2011 gegenüber dem Vorjahr um zwei Prozentpunkte auf 23 Prozent; in Portugal verharrte sie auf 18 Prozent in Frankreich be-

trug sie 14 Prozent in den Niederlanden 10 Prozent. Zu beachten sind die wesentlich niedrigeren Armutsschwellen in den südlichen Peripherieländern. In Griechenland liegt sie für Alleinstehende bei 5708 Euro Jahres-einkommen (476 Euro im Monat), in Portugal bei 4994 Euro (416 Euro im Monat). Nach EU-einheitlicher Definition gilt als arm – Armutsschwelle –, wer weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens (mittleres Einkommen) des betreffenden Landes zur Verfügung hat. Das gibt einen Hinweis, wie niedrig die mittleren Einkommen in den europäischen Südländern inzwischen sind. Mehr noch, sie verringern sich im weiteren Verlauf der Krise. In Griechenland fiel die Armutsschwelle zwischen 2010 und 2012 von 7178 Jahreseinkommen auf 5708 Euro, also um fast 21 Prozent; in Portugal von 5207 auf 4994, ein Minus von 4 Prozent. Mit der Armut nehmen Hunger, Krankheiten und soziale Ausgrenzung zu.

Die Kluft wird größer und tiefer. In Europa gibt es mehr Millionäre als vor der Krise; insgesamt im Jahre 2012 3,4 Millionen (Dollar-) Millionäre mit einem Geldvermögen von 10,9 Billionen Dollar (Capgemini).

Fred Schmid

Siehe auch den isw-report Nr. 95 vom Dezember 2013  
Institut für sozial-ökologische  
Wirtschaftsforschung  
[www.isw-muenchen.de](http://www.isw-muenchen.de)

## Armut verändert unsere Gesellschaft

Der aktuelle Schulden-Atlas zeigt, dass viele Menschen in Flensburg kein Geld haben, um über die Runden zu kommen. Flensburg steht ganz oben in der Liste der schleswig-holsteinischen Städte mit privaten Schuldner. Das Tageblatt titelte mit der Schlagzeile: „Landesweit höchster Überschuldungszuwachs.“

Die Flensburgerinnen und Flensburger haben also nicht nur viele Schulden, sondern zu viele. Dieser Rekord hängt mit der sozialen Situation in Flensburg zusammen. Viele Arme ziehen vom Umland nach Flensburg, weil die Lebenshaltungskosten gering sind und mit der Hoffnung auf ein bes-

seres Jobangebot. Doch die Stadt enttäuscht diese Erwartungen.

Die Armut verfestigt sich und im Handumdrehen wachsen die Schulden. Geht der Kühlschrank kaputt oder die Waschmaschine kann man nicht mehr reparieren. Ein neues Gerät muss her, und das geht bei Armen nur mit einem Kredit. Angebote gibt es ja genug: die Elektronik-Märkte setzen mit geschickten Werbestrategien darauf, ihren Kunden einen Kredit schmackhaft zu machen. Ein Raten-Kredit im zweifeligen Bereich falle doch in der Monatsrechnung gar nicht auf, ködern MediaMarkt und Co. und schielen doch einzig und allein nur auf ihre Umsätze.

Sind also die Leute zu dumm, dass sie die einfachsten Grundrechnungsarten nicht beherrschen? Sehen sie denn nicht, dass ihr Budget gar keinen einzigen Cent Mehrbelastung mehr zulässt? Nein, wenn dem nämlich so wäre, würden eine niedrigschwellige Schuldnerberatung, ein paar gut geschriebene Infoflyer und gesetzlich verordnete Warnhinweise auf dem Kreditvertrag diesem Missstand schnell abhelfen. So argumentiert zumindest immer mal wieder die bürgerliche Presse und genau das ist auch in vielen Politikerreden zu hören. Tenor des Ganzen: würde die Information ankommen, hätte man das Problem

gelöst. Die Armen können nicht mit Geld umgehen und darum muss man ihnen das beibringen. Tatsächlich sind die Armen nicht dumm, sondern arm. Sie haben schlicht und einfach kein Geld zum Leben und erhalten auch keine ausreichende staatliche Unterstützung. Viele Vollzeit-Erwerbstätige arbeiten in Flensburg zu Stundenlöhnen von 6 Euro oder sogar weniger. Damit kann man nicht überleben. Diese so genannten Aufstocker müssen in der Arbeitsagentur staatliche Hilfe beantragen. Das ist demütigend. Denn schließlich ist auch bei den Aufstockern finanziell alles auf Kante genäht, so dass sie in die Schuldenfalle gedrängt werden. Über 6.000 Flensburgerinnen und Flensburger sind in Privat-Insolvenz oder kommen nicht um sie herum. Sie sind so überschuldet, dass sie alleine nicht mehr aus ihrer Situation herauskommen. Auch wenn sie wieder auf festem Grund stehen, werden sie später zu den armen Rentnern gehören.

Die Schulden-Statistik der privaten Flensburger Haushalte ist darum so alarmierend, weil in Flensburg die Kaufkraft überdurchschnittlich niedrig ist – und umgekehrt. Es geht dabei nicht etwa um Studenten, sondern um ganz allgemeine Menschen, vor allem Rentner. Minijobs, Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit, Teilzeit-Jobs oder untertarifliche Löhne rächen sich bei der Rente. In zehn Jahren werden schätzungsweise 70% der Rentnerinnen und Rentner in Flensburg auf staatliche Unterstützung angewiesen sein. Und diese fällt nicht besonders üppig aus.

Im Stadtteil Neustadt konzentrieren sich die Probleme. Dort leben viele arme Familien, denen Lebenshaltungskosten, Zuzahlungen bei Krankheit und die steigenden Nebenkosten über den Kopf wachsen. Ihnen helfen weder Broschüren noch Beratungsgespräche. Beides führt letztlich nur dazu, den Armen ein schlechtes Gewissen zu machen - ihre Situation ändert sich nicht.

Diese kann nur durch eine strukturelle Änderung der sozialen Verhältnisse in unserem Land und in der EU verändert werden - durch eine Politik, die aufhört, die Krise der Banken auf die Bevölkerung abzuwälzen - die den Menschen Arbeit und Lohn gibt, von dem sie leben können und später eine Rente, die ebenfalls zum Leben reicht.

Wie sagt doch die DKP seit vielen Jahren: Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben!

## Gleichheit ist Glück

Dänemark nimmt im Lebensqualitätsindex aktuell den Spitzenplatz ein, dort leben statistisch die glücklichsten Menschen. Das liegt nicht nur am sehr hohen materiellen Konsumniveau, das bei uns in Deutschland fühlbar geringer ist, sondern vor allem daran, daß es den "Neoliberalen" noch nicht so wie in Deutschland gelungen ist, den Sozialstaat zu vernichten. Bildung und Gesundheitswesen finanziert der dänische Staat. Auch im sozialistischen Kuba sind die Menschen sehr glücklich und auch hier werden Bildung und Gesundheitswesen vom Staat finanziert, ohne daß für die Inanspruchnahme bezahlt werden muß. In Kuba ist das materielle Konsumniveau geringer, hindert aber die Kubaner nicht daran, glücklich zu sein.

Lenin forderte nach der Oktoberrevolution, daß die sozialistische Produktionsweise der kapitalistischen auch materiell überlegen sein muß. Der dann vom sowjetischen Ökonomen Preobraschenski initiierten politischen Weichenstellung folgte, daß die marktwirtschaftlichen Elemente aus der sozialistischen Ökonomie weitgehend entfernt wurden und die zentrale Planung bewirkte, daß aus der russischen Agrargesellschaft in wenigen Jahren ein Industriestaat wurde, der rüstungstechnisch Hitlerdeutschland überwinden konnte und weltraumtechnisch sogar die USA. Während Bildung und Gesundheitswesen durch den sozialistischen Staat weiter ausgebaut wurden, blieb das materielle Konsumniveau der Bevölkerung so deutlich hinter den kapitalistischen Konkurrenten zurück, daß einige Sowjetbürger mit der Konterrevolution zu Recht eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erwarteten, allerdings zu Lasten der anderen. Durch diese neue Ungleichheit sank allerdings der Lebensqualitätsindex in Rußland drastisch.

Wir haben heute vielfach mehr Menschen auf der Erde als zu Lenins Zeiten. Der Sozialismus ist deshalb die den Kapitalismus ablösende Produktionsweise, weil er auch bei materieller Unterlegenheit eine höhere Lebensqualität schafft, ökologisch überlegen ist. Wichtig ist in diesem Zusammenhang zu verstehen, daß ein Fünftel der Menschheit in den entwickelten kapitalistischen Ländern vier Fünftel aller Ressourcen verbraucht und entsprechend Müll produziert und die Umwelt vernichtet. In dem Buch »Gleichheit ist Glück« beschreiben die Epidemiolo-

gen Kate Pickett und Richard Wilkinson in einer Grafik den Lebensqualitätsindex und den Ressourcenverbrauch aller Länder: Das sozialistische Kuba ist demnach das einzige Land auf der Welt mit hoher Lebensqualität, aber gleichzeitig so geringem Ressourcenverbrauch, daß das Vorhandene für jeden Erdbewohner reichen würde. Alle anderen Länder, die gleich hohe oder höhere Lebensqualität haben als Kuba, wie z. B. Dänemark, erreichen dies nur mit einem Ressourcenverbrauch, so daß es eben nicht für alle reicht, oder aber unser Planet wird vernichtet. Da in diesem Lebensqualitätsindex nicht nur Bildung und Kultur, Gesundheit und Lebenserwartung, sondern vor allem auch das materielle Konsumniveau eine gewichtige Rolle spielt, ist klar, daß im Kapitalismus Lebensqualität nur durch Ressourcen- und Umweltvernichtung erkaufte wird. Da sich Kapitalismus durch grenzenlose Ausbeutung von Mensch und Natur definiert, ist es widersinnig, wenn der Sozialismus ausgerechnet auf diesem Gebiet überlegen sein soll. Wozu auch? Bildung und Kultur, Gesundheit und Lebenserwartung sind wichtigere Kriterien für die Überlegenheit eines Systems.

Weitere Kriterien sind, daß es kaum Arbeitslosigkeit gibt und alle erwerbsfähigen Menschen in den Arbeitsprozeß einbezogen werden und darüber in die Gesellschaft integriert sind, ihre Existenz sichern können, ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten erfahren können und mit anderen teilen können, Gemeinschaft erleben können und gebraucht werden, der Alltag strukturiert ist und sie einen Sinn in ihrem Leben haben. Diese Faktoren sind auch aus der Glücksforschung bekannt, daß sie weit mehr als nur materieller Wohlstand und Konsum zum Glück des Menschen beitragen.

Deutschlands Absacken nach hinten ist somit leicht nachzuvollziehen, wurde nun in Sachen Glück und Lebensqualität auch vom wesentlich ärmeren Venezuela überholt!

Das Thema wird Kernelement kommunistischer Öffentlichkeitsarbeit:  
Also Kuba für Alle !

Richard Wilkinson, Kate Pickett:  
Gleichheit ist Glück - Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind;  
erhältlich im Versand bei:  
Neue Impulse Verlag,  
Hoffnungsstraße 18, 45127 Essen

## Mahnendes Gedenken

Bereits am 1. September 2013, dem Antikriegstag, wurde in Flensburg das Mahnmal zur Erinnerung an alle Opfer des Naziregimes in Flensburg eingeweiht. (Blickpunkt Nr. 67 vom November 2013) Das Denkmal steht vor dem Flensburger Polizeipräsidium, das während der Zeit des Terrorregimes der Sitz der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) gewesen ist und damit der Ort, von dem aus die Flensburger Opfer verfolgt, mißhandelt und in die Konzentrationslager deportiert worden sind.

Am Volkstrauertag haben Mitglieder der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen und der Vereinigung der Verfolgten

des Naziregimes - Bund der Antifaschisten den Opfern des Naziterrors mit einer Niederlegung von Kränzen und Blumengestecken an diesem Denkmal gedacht. Wir begrüßen es sehr, daß es auch in Flensburg end-



lich ein Denkmal gibt, an dem am Volkstrauertag ausschließlich den Verfolgten und Opfern des Naziregimes gedacht werden kann, die uns mahnen, Kriege zu verhüten und zu beenden und neuen Faschismus nicht zuzulassen.

### TERMINE

#### Mitgliederversammlung

Z Donnerstag, 13. Febr., 19 Uhr  
Z Donnerstag, 20. März, 19 Uhr  
Z Donnerstag, 24. April, 19 Uhr  
im Restaurant FEUERSTEIN,  
Norderstraße 98, Flensburg

## BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Herausgeber: DKP Flensburg  
Postfach 1401, 24904 Flensburg  
Mail: [dkp.flensburg@versanet.de](mailto:dkp.flensburg@versanet.de)

Redaktion: Ludwig Hecker (ViSdP)  
Druck: Eigendruck

Erscheinungsweise: vierteljährlich  
Preis: 0,40 € (1 € incl. Versandkosten)

BLICKPUNKT liegt regelmäßig aus:  
beim AStA der UNIVERSITÄT  
OSSIEZKY-BUCHHANDLUNG  
VOLKSBAD | HAFERMARKT  
KAFFEEHAUS | VIVA  
GRISOU | CAFÉ CENTRAL  
PORTICUS | FEUERSTEIN  
TABLEAU-KULTURCAFÉ

Spenden können überwiesen werden  
auf das Konto 38551208 bei der  
Postbank Hamburg, (BLZ 20010020),  
Verwendungszweck: Blickpunkt

## marxistisch · kritisch · analytisch



# UZ

## - unsere zeit -

Wochenzeitung der DKP



Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen!

Einfach E-Mail mit Name und Adresse an:  
[info@unsere-zeit.de](mailto:info@unsere-zeit.de) · Tel.: 0201 - 17 78 89 23 · [www.dkp.de](http://www.dkp.de)